

Resolution der AGDF-Mitgliederversammlung 2018

Nicht Pflicht, sondern Freiwilligkeit stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie

Die Forderung eines Pflichtdienstes für alle jungen Menschen in Deutschland wird damit begründet, dass er den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern helfen und dazu beitragen soll, dass mehr Menschen Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen. Die Debatte erfolgt vor dem Hintergrund einer Zunahme von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus in der Öffentlichkeit sowie einem „Auseinanderdriften“ der Gesellschaft.

Kann ein Pflichtdienst diesen Entwicklungen wirklich entgegenwirken? Ein Pflichtdienst erfordert staatlichen Zwang. Er beschneidet Freiheitsrechte und bremst freiwilliges Engagement aus. Notwendig wäre zudem eine teure, aufwändige Bürokratie. Weiter ist kaum vorstellbar, wie er Arbeitsplatz-neutral gestaltet werden kann.

Stattdessen müssen das freiwillige Engagement von Menschen jeden Alters und die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Bereits heute engagiert sich jede*r dritte ehrenamtlich und bei besseren Rahmenbedingungen würden es noch mehr tun. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen bieten vielfältige Möglichkeiten, sich für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, gewaltfreie Konfliktbearbeitung und den Frieden in der Welt einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Dabei bieten sich vielfältige Begegnungsmöglichkeiten unterschiedlicher Gruppen, Schichten und Generationen der Gesellschaft.

Mitglieder der AGDF bringen sich ein durch Internationale Freiwilligendienste und Workcamps, die junge Menschen in einem Friedensdienst ermutigen und bestärken, qualifizieren in Methoden gewaltfreier Konfliktbearbeitung und beteiligen sich an Initiativen gegen Rechtsextremismus, für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Erinnerungsarbeit.

Die AGDF unterstreicht, dass freiwilliges Engagement und zivilgesellschaftliche Aktivitäten für Demokratie und gegen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit gestärkt und ausgebaut werden müssen.

Konkret fordern wir von Bundestag und Bundesregierung:

- Mehr Finanzmittel für Freiwilligendienste im In- und Ausland, um allen Interessierten unabhängig von ihrem sozialen Status einen Freiwilligendienst anbieten zu können,
- Bewerbung der Freiwilligendienste als Lernfeld und Engagementmöglichkeit,
- Institutionelle Förderung von Demokratieinitiativen,
- Aufnahme von politischer Meinungsbildung im Gemeinnützigkeitsrecht.

Gemeinsame Aufgabe von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist eine Verbesserung der Anerkennung für ehrenamtliches Engagement und (Internationale) Freiwilligendienste.

Bonn, den 29. September 2018